

Gegenwind für Dieter Althaus – Sprungbrett für LINKE und SPD: Bewertung der CDU-Umfrage in Thüringen, Herbst 2008

Die CDU-Fraktion im Landtag Thüringen hat bei der Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung Dr. Jung mbH in Hamburg eine repräsentative Befragung der wahlberechtigten und in Thüringer Privathaushalten lebenden Bevölkerung in Auftrag gegeben.¹ Am 23. und 24. sowie vom 27. bis 29. Oktober wurden insgesamt 1.002 telefonische Interviews durchgeführt.

Nachfolgend wird diese Befragung aus Sicht der Partei DIE LINKE. ausgewertet und es werden Schlussfolgerungen für den beginnenden Wahlkampf gezogen. Methodische Mängel im Aufbau der Fragestellungen und daraus folgende Schwierigkeiten bei der Ergebnisbewertung werden hier nicht weiter thematisiert. Sofern nicht anders angegeben, beruhen alle Grafiken dieses Textes auf den veröffentlichten Ergebnissen der GMS-Befragung.

1) Erkennbare Wechselstimmung in Thüringen

Zieht man in Betracht, dass die Thüringer Union seit 1990 ununterbrochen allein oder mit anderen Parteien die Regierung im Freistaat stellt, so ist zu konstatieren, dass die Ergebnisse der Befragung ein Alarmsignal für Dieter Althaus und die CDU, für die Opposition aus LINKEN und SPD jedoch ein Aufbruchzeichen sind.



Gefragt, ob es wünschenswert wäre, wenn es nach der kommenden Landtagswahl erneut mit einer von Dieter Althaus geführten CDU-Regierung weiterginge, spricht sich die Mehrheit der Thüringer Bevölkerung (42%) dagegen aus. Nur 38% stimmen dieser Aussage zu.



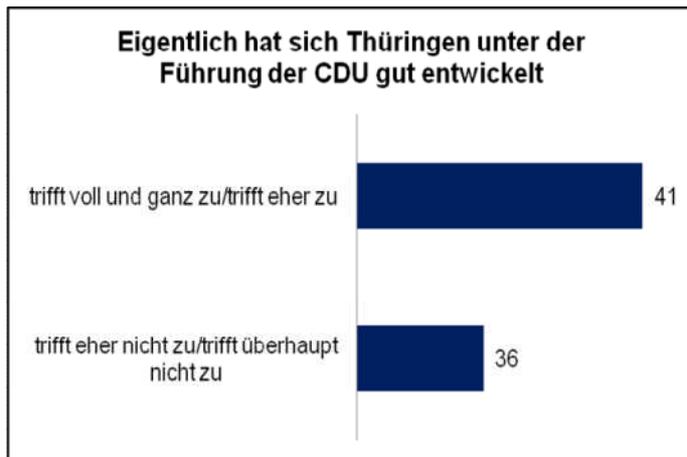
Auch die Arbeit des Ministerpräsidenten wird nicht übermäßig gut bewertet. Nur 40% der Befragten sind mit der Arbeit des MP sehr zufrieden oder zufrieden. Mehr als jeder Vierte (28%) ist unzufrieden bis sehr unzufrieden und fast jeder Dritte (29%) ist sich nicht schlüssig und antwortet mit der für solche Befragungen unüblichen Antwortmöglichkeit „teils/teils“.

In einer Pressemitteilung der CDU-Landtagsfraktion, die sich auf den GMS Dr. Jung mbH-Seiten findet, wird angesichts dieser Werte die Behauptung aufgestellt, dass die Bürger/innen einen „klaren Favoriten (...) bei der Frage nach dem künftigen Ministerpräsidenten (hätten): Dieter Althaus.“²

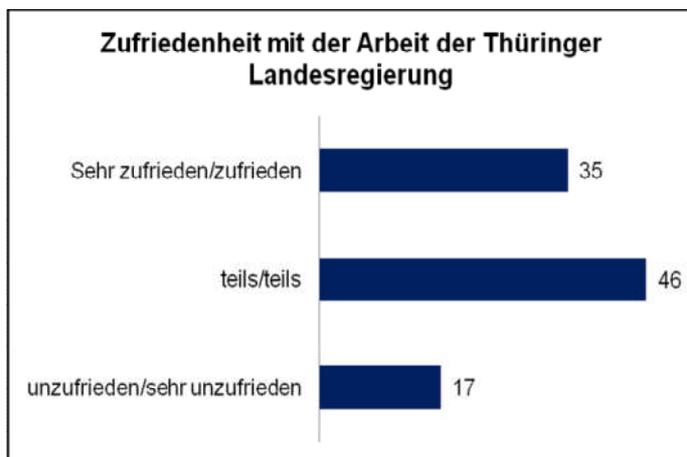
¹ <http://www.gms-gmbh.com/index.php?aid=106>.

² <http://www.gms-gmbh.com/download.php?f=810ff23a3d10ad7689a01743bba3fde1>.

Ein Blick in das Nachbarland Sachsen ordnet diese euphorische Interpretation angemessener ein: Zwar konnte Milbradt während seiner Amtszeit seit 2004 nicht annähernd die Zustimmungsraten erreichen, die Biedenkopf als personifizierter Landesvater auf sich vereinigte. Waren Milbradts Werte also gegenüber Biedenkopf niedrig, so sind sie im Vergleich zu Althaus hoch. So hielten die Bürger/-innen Sachsens Milbradt Anfang 2008 – also auf dem Höhepunkt der Sachsen-LB-Krise – zu 59% für sympathisch und 58% gaben an, ihm zu vertrauen. Bürgernah schätzte ihn weniger als jede/r zweite/r Sachse ein (46%). In der von der Staatskanzlei Sachsens in Auftrag gegebenen Sommerumfrage 2008 erreichte Stanislaw Tillich immerhin 51,7% Zustimmung. Mehr als jeder Dritte (35,7%) zeugte sich unzufrieden und etwas mehr als jeder Zehnte (12,6%) konnte keine Angabe machen.³



Ein ähnlich düsteres Bild für die seit nunmehr achtzehn Jahre regierenden Christdemokraten in Thüringen ergibt die Antwort auf die Frage, ob sich Thüringen unter der Führung der CDU „eigentlich“ gut entwickelt habe. Dem können gerade einmal 41% der Befragten zustimmen, wohingegen 36%, also mehr als jede/r Dritte, der Auffassung sind, dass diese Aussage überhaupt nicht oder eher nicht zutreffen würde.



Dementsprechend stellt sich auch die Zufriedenheit mit der Arbeit der Landesregierung dar. Nur 35% sind mit der Arbeit der Landesregierung sehr zufrieden oder zufrieden. Die Mehrheit der Befragten (46%) äußert sich unentschieden (teils/teils) und immerhin 17% sind unzufrieden bis sehr unzufrieden. Solche Ergebnisse sind für eine Landesregierung weniger als zehn Monate vor der Wahl ein deutliches Warnzeichen.

Zum Vergleich: Die bayerische CSU-Staatsregierung konnte wenige Tage vor der Landtagswahl 2008, die mit einer Erdrutschniederlage endete, immerhin noch Zustimmungswerte von 48% verbuchen, die nordrheinwestfälische SPD-Landesregierung kam kurz vor ihrer Abwahl 2005 noch auf einen Zustimmungswert von 41%. Dies alles spricht für eine Wechselstimmung im Land.⁴

Eine gute Ausgangsbasis für Dieter Althaus bei seinem Ziel, nach der Landtagswahl 2009 erneut den Regierungschef zu stellen, lässt sich aus diesen Ergebnissen nicht unmittelbar ablesen.

³ Aproxima 2008, Sachsen im Spiegel der Bevölkerungsmeinung. Ergebnisse der Sommerumfrage 2008: Sonntagsfrage und Zufriedenheit.

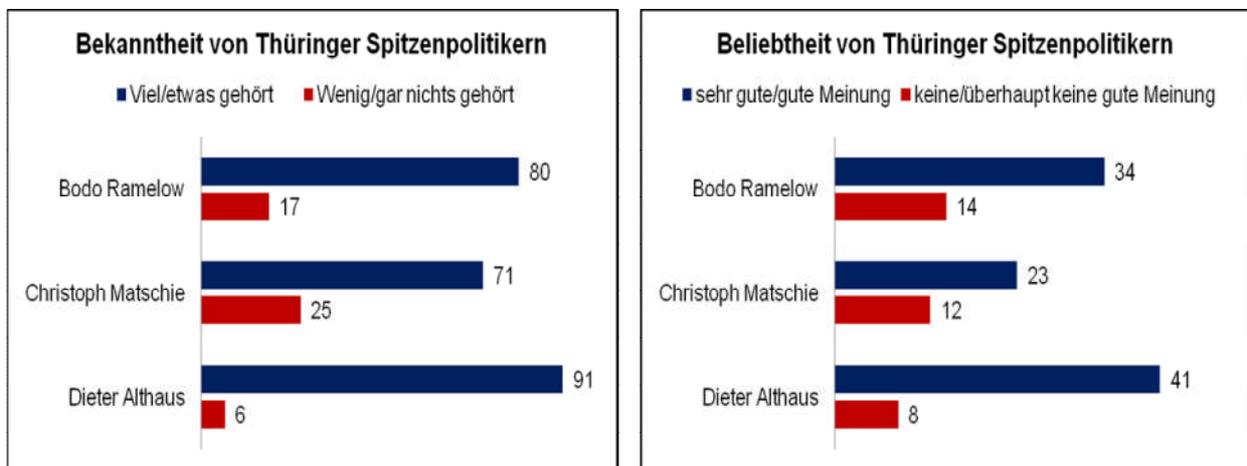
⁴ Infratest-dimap 2008, WAHLREPORT – Landtagswahl Bayern am 28.09.2008, S. 28.

2) Bewertung der Parteien und ihrer Spitzenkandidaten in Thüringen

DIE LINKE und die SPD in Thüringen können demnach, wie im Abschnitt 1 gezeigt wurde, jeweils für sich auf dem vergleichsweise niedrigen Zustimmungswert für den noch amtierenden Ministerpräsidenten Althaus aufbauen und sollten gemeinsam die ersichtlich vorhandene Unzufriedenheit nutzen, um im Wahlkampf eine stabile Wechselstimmung zu erzeugen.

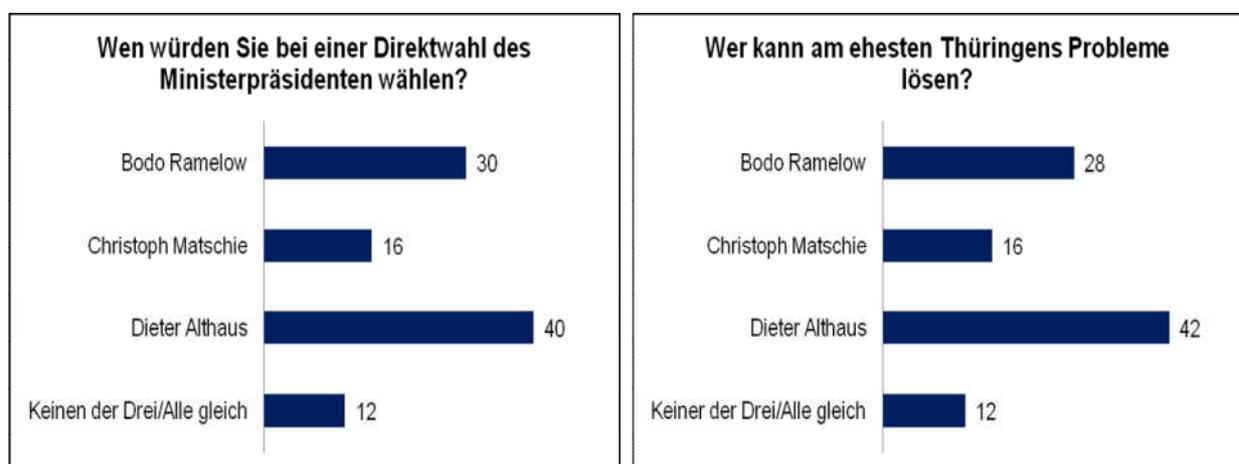
Wie groß die Wechselbereitschaft ist und wie amorph die vermeintliche Pole-Position für den amtierenden Ministerpräsidenten wird im direkten Vergleich mit seinen Herausforderern sowie im Vergleich der Landtagsparteien deutlich.

Ausgangspunkt und Maßstab für die Zustimmungsergebnisse des politischen Personals und die Parteien Thüringens sind naturgemäß vergleichbare Erhebungen im Vorfeld von Landtagswahlen und nicht, wie die CDU Thüringens in ihrer Bewertung der Umfrageergebnisse glauben machen will, die bloße Tatsache, dass die Union bzw. Dieter Althaus, der mit den institutionellen Vorteilen des Ministerpräsidenten ausgestattet ist, in den Befragungen in Führung liegen.



Alle drei Spitzenpolitiker der im Landtag vertretenen Parteien sind in Thüringen bekannt. Naturgemäß liegt Althaus als Ministerpräsident mit 91% an der Spitze. Doch auch der Herausforderer des Ministerpräsidenten, Bodo Ramelow, kommt auf Bekanntheitswerte von 80%. Christoph Matschie ist zwar auch 71% der Befragten bekannt, gleichwohl gibt jede/r vierte Befragte an, ihn nicht zu kennen.

In der Beliebtheit führt zwar der amtierende Ministerpräsident, dem folgt jedoch Bodo Ramelow mit einem Abstand von nur 7 Prozentpunkten.



Konkretisiert wird der Beliebtheitswert durch die Frage, wem der drei Spitzenkandidaten die Bürger/-innen Thüringens im (fiktiven) Falle einer Direktwahl des Ministerpräsidenten ihre Stimme geben würden.

Im Falle einer Direktwahl würden sich 40% der Befragten für den amtierenden Ministerpräsidenten entscheiden. Aber deutlich mehr, fast eineinhalb Mal so viele (58%), würden sich gegen ihn entscheiden.

Mit einem Abstand von 10 Prozentpunkten (30%) folgt Bodo Ramelow.



Christoph Matschie erreicht mit 16% etwas mehr als die Hälfte des Ramelow-Zuspruches und deutlich weniger als die Hälfte der Zustimmung zu Althaus.

Dies bestätigt die anhaltende Schwäche der thüringischen SPD, der in der GMS-Befragung bescheinigt wird, auf Landesebene schwach zu sein und keine guten Leute zu haben.

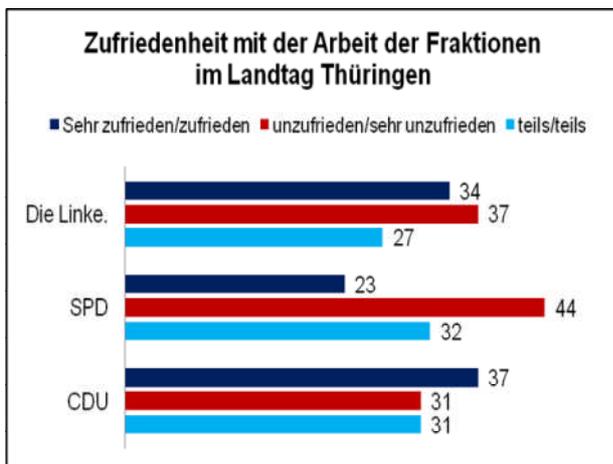
Knapp zwei Drittel der Wahlberechtigten in Thüringen stimmen dieser Aussage zu (61%), während nicht einmal ein Viertel der Befragten diese Aussage verneint.

Die Ergebnisse der Frage, wer die Probleme Thüringens am ehesten lösen könne, bewegen sich im Wesentlichen im Rahmen der Antwort auf die Frage nach der MP-Direktwahl. Althaus kann sein Ergebnis um 2 Prozentpunkte zu Lasten von Ramelow verbessern. Matschie verbleibt auf seinem Niveau.

Dennoch ist dieses Ergebnis kein Ruhekiten für Althaus. Denn ein Vergleichswert sollte ihn aufmerksam machen: Vor der Landtagswahl in Bayern im Herbst 2008 erreichte der damals amtierende Ministerpräsident Günter Beckstein (CSU) im Vergleich zu seinem Herausforderer Franz Maget (CSU) eine Zustimmung von 51% zu 32% – und verlor sein Amt.⁵

Wie Zustimmungswerte eines Ministerpräsidenten aussehen sollten, um wiedergewählt zu werden, zeigen u. a. die Landtagswahlen in Berlin 2006 sowie die Landtagswahl in Bayern 2003:

- Der seit 2001 regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) führte in Berlin in der Zustimmung gegenüber seinem Herausforderer Friedbert Pflüger (CDU) mit 70% zu 18%.⁶
- Drei Jahre vorher lag in Bayern Ministerpräsident Stoiber (CSU) mit 67% vor dem schon damals herausfordernden Franz Maget (SPD), der 21% erreichte.⁷



⁵ Infratest-dimap 2008, a.a.O., S. 36.

⁶ Infratest-dimap 2006, WAHLREPORT - Abgeordnetenhauswahl Berlin am 17.09.2006, S. 108.

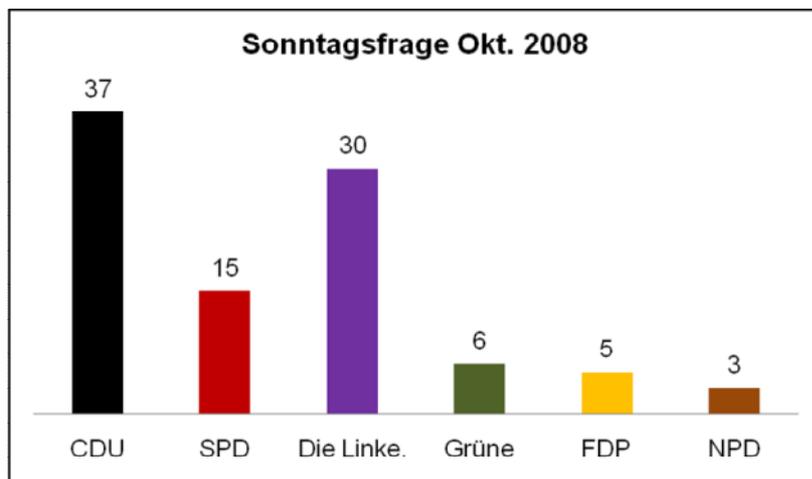
⁷ Infratest-dimap 2008, a.a.O., S. 36.

Die Zufriedenheit mit der Arbeit der Fraktionen im Landtag Thüringen stellt sich für alle drei großen Parteien unbefriedigend dar. Bei den Oppositionsparteien ist, mit stark unterschiedlichem Niveau, die Unzufriedenheit gegenüber der Zufriedenheit stärker ausgeprägt. Während die Differenz zwischen Zu- und Unzufriedenheit bei der LINKEN nur drei Prozentpunkte beträgt, liegen die Unzufriedenheitswerte bei der SPD mit 44% fast doppel so hoch wie die Zufriedenheitswerte.

Doch auch die Unionsfraktion muss konstatieren, dass zwei Drittel mit ihrer Arbeit unzufrieden bzw. unentschieden in der Bewertung sind (teils/teils). Sie erreicht als Regierungsfraktion einen Zufriedenheitswert, der genau dem Zustimmungswert in der Sonntagsfrage entspricht – während die Arbeit der Linksfraktion besser bewertet wird als die Partei in der Sonntagsfrage (s.u.).

Aus diesen Ergebnissen lässt sich das Ergebnis der Frage nach einem möglichen Regierungseintritt der bislang nicht im Landtag Thüringen vertretenen Parteien Grüne und FDP erklären.

Es wäre zu diskutieren, ob die Befragten tatsächlich eine Regierungsbeteiligung von FDP und Grünen befürworten würden oder vielmehr nur den Einzug der beiden Parteien in den Landtag, wie in der nachstehenden Sonntagsfrage abzulesen. Diese Sonntagsfrage bestätigt die Wechselstimmung in Thüringen, zeigt jedoch, dass für einen klaren Regierungswechsel ein Stimmenzugewinn sowohl von der LINKEN als auch der SPD erforderlich ist.



Das Ergebnis der GMS-Sonntagsfrage ergibt erneut keine eigene Regierungsmehrheit für Dieter Althaus und die Union. Mit 37% würde die CDU Thüringen ihr Wahlziel von 45% nicht nur deutlich verfehlen, sondern sie könnte weder allein noch mit der FDP, die um den Einzug in den Landtag bangen müsste, die Regierung stellen. Sie würde zudem ungefähr 10 Mandate verlieren.⁸

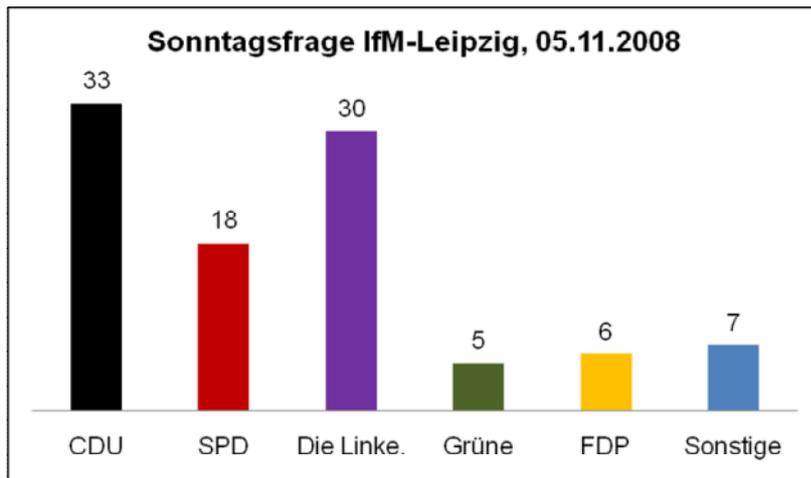
DIE LINKE. würde ihr Wahlziel erreichen und ein Mandat hinzugewinnen. Zur Erreichung einer Regierungsmehrheit würde sie jedoch neben der SPD auch noch die Grünen benötigen. Die Grünen wären auf ein rot-rot-grünes Bündnis, sollten sie regieren wollen, angewiesen, da ein Jamaika-Bündnis aus CDU, FDP und Grünen zusammen nur genauso viele Stimmen wie rot-rot allein erreichen würde (44:44).

In der vom IfM-Leipzig am 5. November 2008 veröffentlichten Befragung (siehe Grafik auf S. 6) würden sich die politischen Konstellationen wiederum verändert darstellen:

Auch hier würden Dieter Althaus und die CDU von der Regierungsverantwortung entbunden und in die Opposition gesandt. Die Oppositionsbänke würden sie mit den Grünen und der FDP teilen. Zusammen würden sie auf 41 der 88 Landtagsmandate kommen, während DIE LINKE. und die SPD gemeinsam 47 Mandate auf sich vereinigen würden.⁹

⁸ Berechnung mittels des election.de-Mandaterechners und auf Basis der Daten der GMS-Befragung. Danach würde sich, ausgehend von 88 Mandaten, wie in der laufenden Wahlperiode, folgende Sitzverteilung ergeben: CDU 35 (-10), SPD 15 (± 0), LINKE 29 (+1), Grüne 5 (+5) und FDP 4 (+4).

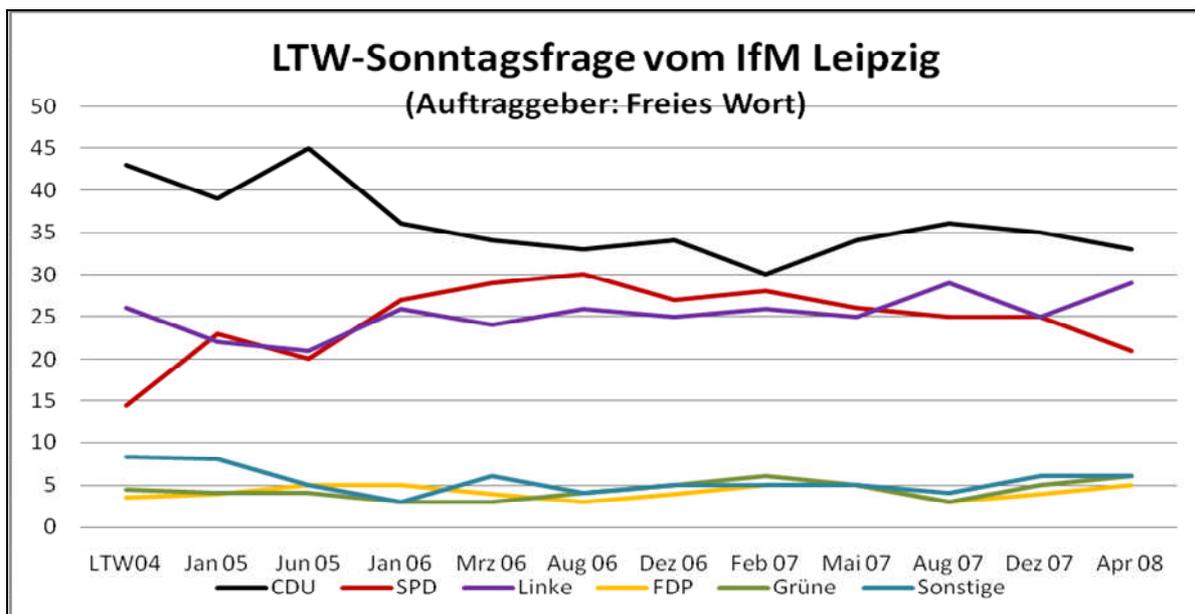
⁹ Berechnung mittels des election.de-Mandaterechners und auf Basis der Daten der IfM-Befragung. Danach würde sich, ausgehend von 88 Mandaten, wie in der laufenden Wahlperiode, folgende Sitzverteilung ergeben: CDU 32 (-13), SPD 18 (+3), LINKE 29 (+1), Grüne 4 (+4) und FDP 5 (+5).



Betrachtet man die Umfragen des IfM Leipzig, das im Auftrag der Tageszeitung „Freies Wort“ die Mehrheit der für Thüringen erscheinenden Meinungsumfragen (Sonntagsfrage) durchführt, im Längsschnitt, ergeben sich daraus einige interessante Erkenntnisse, die nachfolgend dargestellt werden sollen.

Die untenstehende Grafik zeigt im Wesentlichen, dass es drei Gruppen im Parteienspektrum gibt:

- die Kleinparteien (FDP, Grüne), die zwischen 3 und 6-7% schwanken und sich ein Eintritt in den Landtag erhoffen
- die Mittelparteien SPD und LINKE, die ein Ergebnis zwischen 14% bis 30% (SPD) bzw. zwischen 22% und 30% erreichen können
- die dominierende Partei CDU, die zwischen 45% und 33% schwankt und eine tendenzielle Entwicklung in Richtung der Mittelparteien einnimmt und so ihre Führungsrolle in Frage stellt.



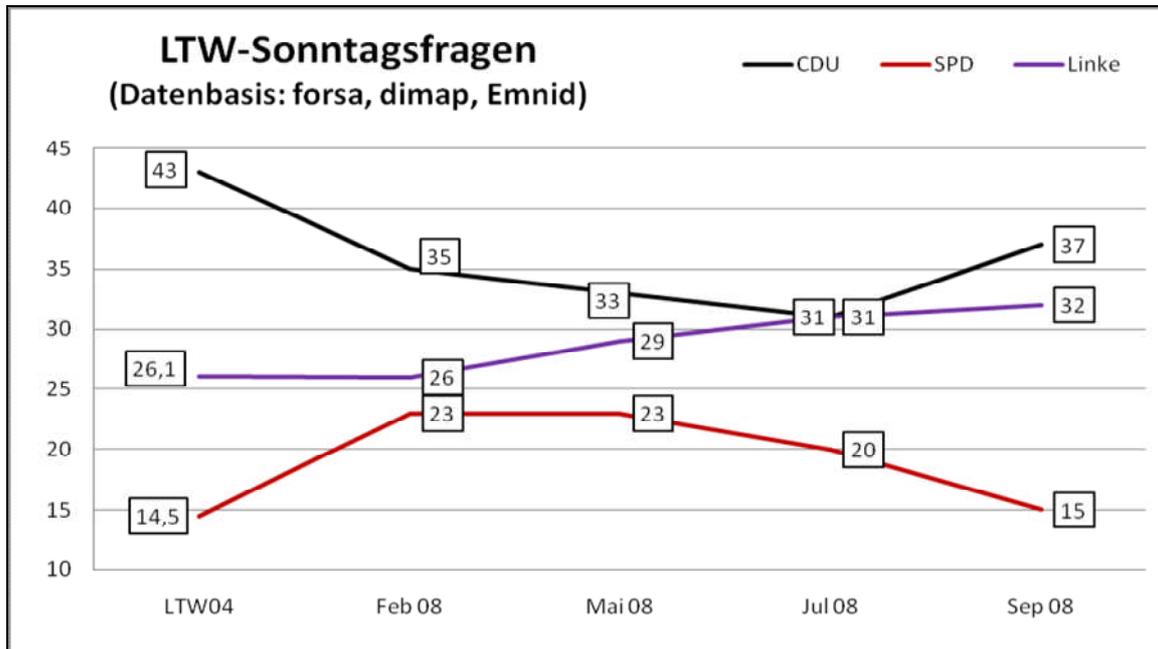
Quelle: <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/thueringen.htm> / Eigene Darstellung

Wird, basierend auf den IfM-Daten, ein Vergleich zwischen Union, SPD und LINKEN vorgenommen, zeigt der Längsschnitt sehr beeindruckend eine klare Korrelation zwischen Union und SPD.

Nimmt die Union zu, sackt die SPD ab, sinkt die Union, kann die SPD zulegen. Dies alles jedoch bei einer langfristig abnehmenden Dominanz der CDU.

Eine Korrelation zwischen SPD und LINKEN besteht nach diesen Daten nur eingeschränkt und faktisch allein zwischen Dez 07 und Apr 08 sowie bereits bei der LTW 2004. Aus diesen Punkten lassen sich jedoch zwischen SPD und LINKEN keine Ableitungen vornehmen, denn die erstaunliche Schwäche der SPD korrelierte sowohl mit einer Stärke der damaligen PDS und der Union. Insgesamt scheint das Wähler/-innenaustauschpotenzial zwischen SPD und Union zu liegen.

Würde man der SPD Tipps für ihren Wahlkampf geben, wäre ihr zu raten, sich nicht weiter mit der LINKEN zu beschäftigen, sondern allein mit der CDU und wechselwillige Wähler/-innen ab- bzw. frühere SPD-Wähler/-innen zurückzugewinnen.



Quelle: <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/thueringen.htm> / Eigene Darstellung

Der Vollständigkeit halber wurden in der obenstehenden Grafik die weiteren vorliegenden Sonntagsfragen anderer Institute zusammengestellt. Diese Daten bestätigen einerseits den bereits benannten Zusammenhang zwischen Union- und SPD-Wähler/-innenschaft, erlauben jedoch eine weitere These zur Wähler/-innenkorrelation: Betrachtet man diese Daten im Vergleich zu den o.a. Grafiken, so könnte es möglich sein, dass bei einem Zuwachs des Wähler/-innenpotenzials der LINKEN über 26 bis 27% hinaus dies zu Lasten der SPD geht. Sie verliert dann nicht nur an die Union, sondern auch an die LINKE.

3) Vordringliche Probleme in Thüringen und Kompetenzen der Parteien

Bevor in den nachfolgenden Abschnitten 4 und 5 die thematische Ausrichtung des Wahlkampfes im Mittelpunkt stehen soll, interessieren hier die sich aus den Ergebnissen der GMS-Befragung zu gewinnenden Erkenntnisse über die vordringlich zu lösenden Probleme sowie die Kompetenzen der Parteien.



Es zeigt sich, dass das Themenfeld Arbeitsmarkt, Arbeitslosigkeit und Hartz IV mit 56% absolut dominierend ist. Zu den Ursachen und Konsequenzen vgl. insbesondere Abschnitt 4. Daran schließt sich mit deutlichem Abstand von 34% das Thema Inflation, Preise, Gebühren und Mindestlöhne an.

Sieht man einmal davon ab, dass es bessere Fragekombinationen als diese gibt, so lässt sich doch konstatieren, dass die Themenfelder der sozialen Sicherheit mit 78% einen hohen Stellenwert einnehmen.

Die demographische Entwicklung, Schrumpfungsprozesse und die Abwanderung von Thüringer/-innen wird mit 21% ebenfalls sehr hoch bewertet (vgl. auch hierzu Abschnitt 4). Fragen der „Sozialpolitik, sozialen Gerechtigkeit sowie die Schere zwischen arm und reich“ sind mit 14% vergleichsweise gering bewertet. Es ist anzunehmen, dass dies in der spezifischen Fragenkombination begründet liegt.



In der nebenstehenden Grafik sind weitere landespolitische Aufgaben aufgeführt. Es zeigt sich, dass Fragen der Familien- und Kinderpolitik, der Schul- und Bildungspolitik aber auch die Gesundheitspolitik, einschließlich des Ärztemangels im ländlichen Raum einen mittleren Prioritätenwert erreichen.

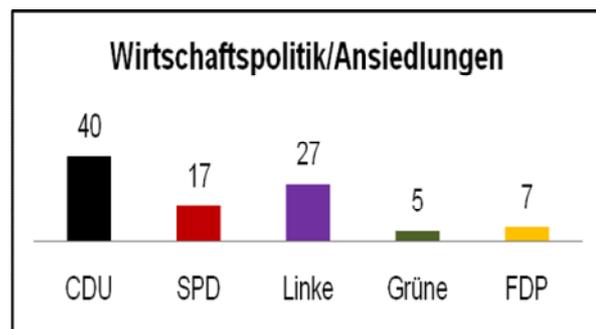
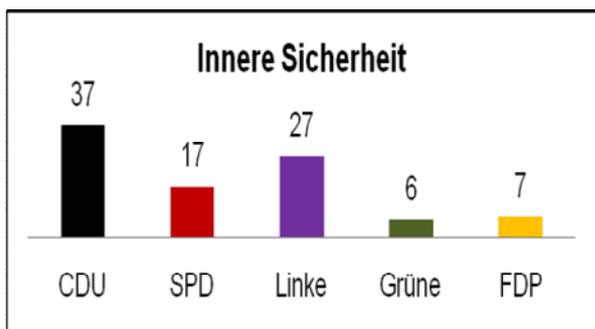
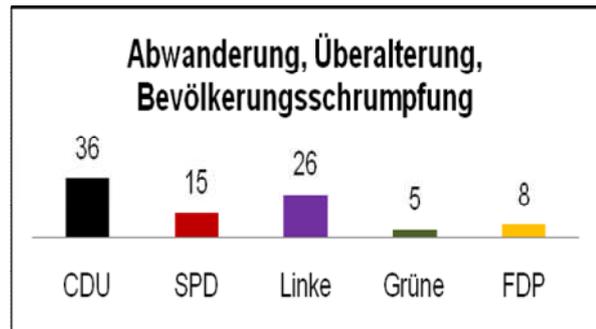
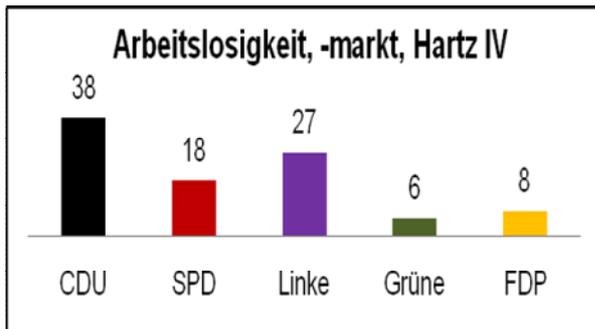
Finanz- und steuerpolitische Themen rangieren demgegenüber auf den hinteren Plätzen.

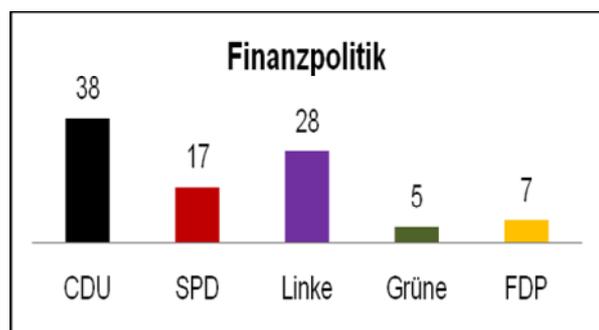
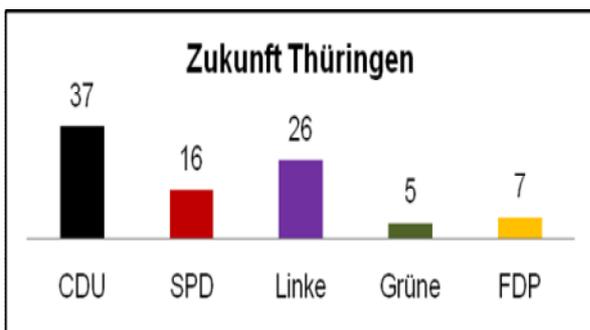
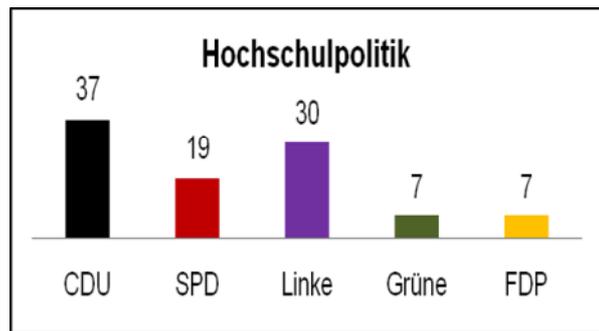
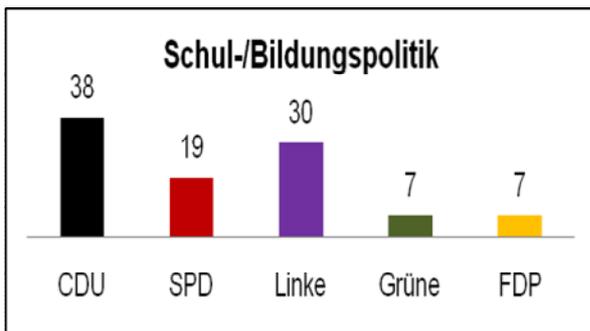
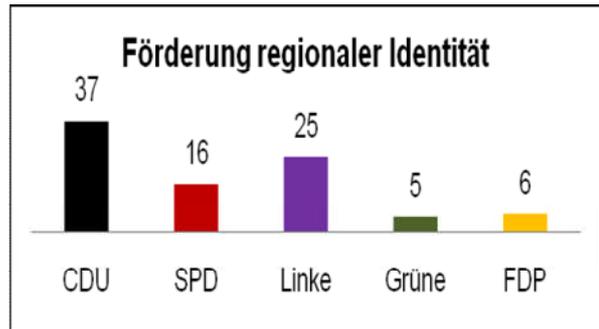
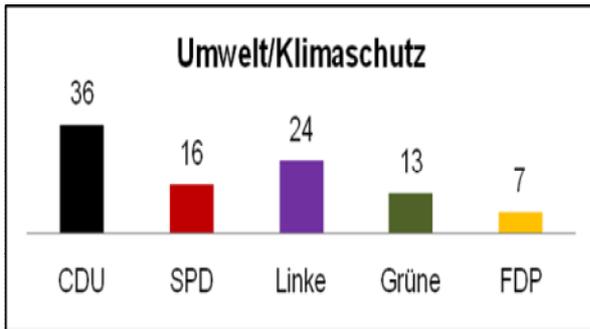
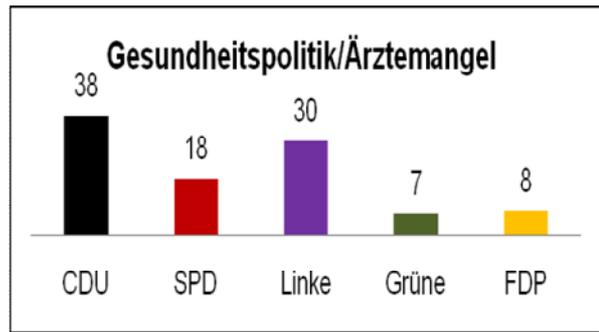
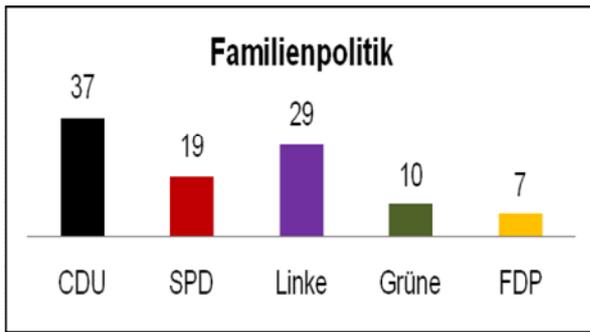
Der Sinn der Differenzierung zwischen Wirtschaftspolitik einerseits

und Wirtschaftsansiedlungen andererseits in der Fragestruktur der GMS wird hier nicht kommentiert.

Die Kompetenzen der Parteien weisen, nach den Daten der GMS, einen Vorsprung der regierenden CDU gegenüber den beiden Oppositionsparteien DIE LINKE. und SPD aus. Dies ist nicht überraschend und zeigt vielmehr, dass es der Union trotz dieser Kompetenzzuschreibungen nicht zu gelingen scheint, die Bürger/-innen Thüringens von ihrem Regierungshandeln zu überzeugen. Stattdessen scheinen die Wähler/-innen die CDU und Dieter Althaus zwar inhaltlich für kompetenter aber nicht für regierungsfähiger zu erachten.

Die Kompetenzen werden nachfolgend grafisch dargestellt, ohne sie im Einzelnen zu kommentieren. Danach folgen die beiden abschließenden Abschnitte 4 und 5.





4) Bewertung der Entwicklung und Zukunft Thüringens, Abwanderung

In der von den Fraktionen der LINKEN in Auftrag gegebenen Studie „Leitbild Ostdeutschland 2020“¹⁰ wird formuliert, dass Ostdeutschland auch nach zwanzig Jahren friedlicher Revolution und Vereinigung als Region durch ambivalente Entwicklungen gekennzeichnet ist. Es gibt Wohlstandsgewinne, Gebiete mit guten Entwicklungschancen (z. B. Dresden, Jena, Potsdam), erfolgreiche neue wirtschaftliche Innovationen und Produkte im Bereich von Zukunftstechnologien.

*„Gleichwohl ist der Abstand zwischen Ost- und Westdeutschland beträchtlich und zeigt sich eine anhaltende Stagnation im häufig beschworenen Aufholprozess (...). Die Arbeitslosigkeit ist immer noch deutlich höher und in Bereichen wie Langzeitarbeitslosigkeit, Arbeitslosigkeit in ländlichen Regionen etc. verfestigt; die Abwanderung aus dem Osten hält, trotz abgeflachter Dynamik, an.“*¹¹

Dem Selbstbild der Landesregierung zufolge ist die Entwicklung Thüringens auf dem besten Wege und nimmt das Land in Ostdeutschland eine Spitzenreiterposition ein. Die Bürger/-innen Thüringens können dieser Wahrnehmung nicht in Gänze folgen.



Gefragt, wie sich Thüringen im Vergleich zu den anderen Ostländern entwickelt habe, ist weniger als jede/r Fünfte (19%) der Auffassung, dass es Thüringen besser ginge. Vielmehr vertreten 57% die Meinung, dass es keinen Unterschied zwischen Thüringen und den Ostländern gäbe. Knapp jede/r Zehnte (11%) meint, es ginge Thüringen sogar schlechter. Und 13% der Befragten trauen sich keine Aussage darüber zu.

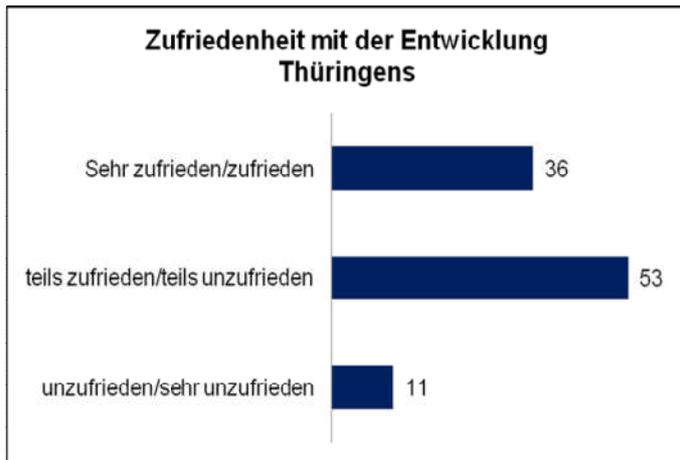


Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Frage, wie es Thüringen im Vergleich zu den anderen Ostländern in einem Jahr gehen wird. Nicht einmal ein Drittel der Befragten (30%) meinen, dass es Thüringen besser gehen wird als den anderen Ostländern. Aber mehr als jede/r Zweite geht davon aus, dass sich Thüringen wie die anderen Ostländer entwickeln wird (53%). Immerhin 16% gehen von einer Verschlechterung der Lage Thüringens im Vergleich zu den anderen Ostländern aus.

Vor diesem Hintergrund ist auch die Zufriedenheit mit der Entwicklung Thüringens zu bewerten. Jede/r Zehnte ist mit der Entwicklung des Freistaates unzufrieden oder sehr unzufrieden (11%). Mehr als die Hälfte der Bevölkerung sieht Positives, konstatiert aber auch Missstände (53%). Demgegenüber ist nur etwas mehr als ein Drittel der Bevölkerung mit der Entwicklung Thüringens zufrieden bzw. sehr zufrieden (36%).

¹⁰ Frank Berg/Thomas Koch 2008, Leitbild „Ostdeutschland 2020“. Studie für die DIE LINKE. in den Fraktionen, bislang unveröffentlichtes Manuskript, S. 2f.

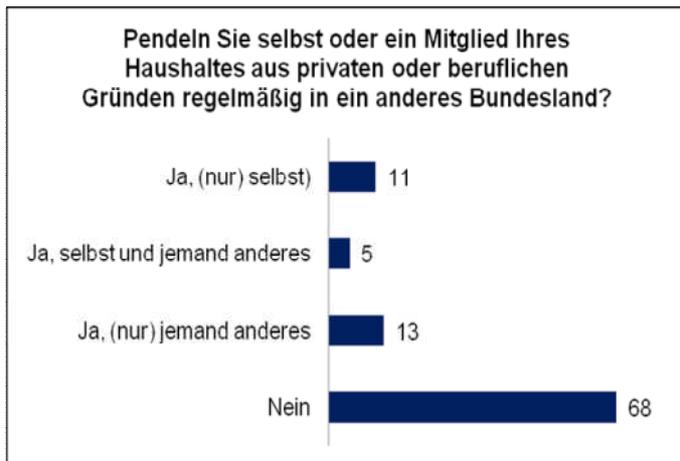
¹¹ Berg/Koch 2008, ebd.



In diesen Zahlen drückt sich eine strukturell vorhandene Unzufriedenheit mit der Landes- und ostdeutschen Entwicklung aus, auf die seitens der Landesregierung mit symptomatischen Ablenkungsstrategien reagiert wird: die Schwierigkeiten und Hemmnisse in Ostdeutschland und Thüringen werden nur mit den Hinterlassenschaften und der Erbschaft der DDR erklärt, mit objektiv maroder Wirtschaft und blockierten Mentalitäten der Wendezeit.

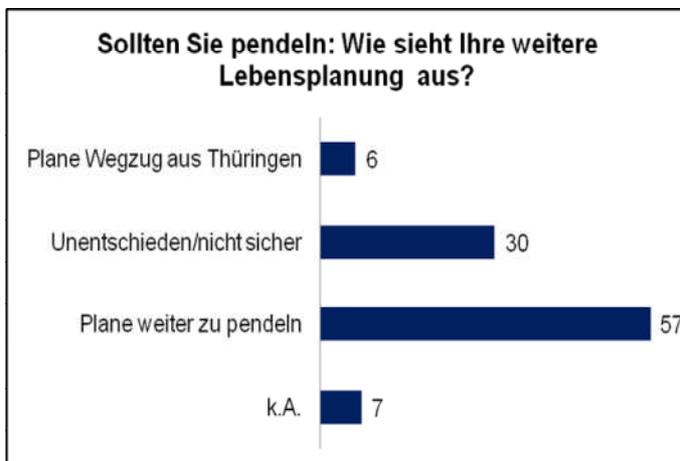
Mit den Worten der Autoren der Studie „Leitbild Ostdeutschland 2020“: *Tatsächlich ist „real von der DDR wenig geliebt und manches von dem, was geliebt ist, ist auch für DIE LINKE kaum zukunftsträchtig.“*¹² Andererseits ist es zu einfach, bequem und vielfach unredlich, wenn die Landesregierung ihre eigene Regierungspolitik feiert und die Probleme nur von der Vergangenheit und den „ewig Gestrigen“ verschuldet sieht.¹³

Arbeitslosigkeit, demographische Entwicklung und Pendler-Realität spiegeln den Alltag vieler Thüringer/-innen wider, wie sich in nachfolgenden Grafiken und später bei den vordringlichen Problemen Thüringens abbildet.



Fast jede/r dritte Thüringer/-in (29%) lebt nach den Erkenntnissen der CDU-Befragung in einem Haushalt, in dem ein Haushaltsmitglied regelmäßig in ein anderes Bundesland pendelt. Bei 2,3 Mio. Einwohner/-innen (Stand 2006) entspricht dies ca. 670.000 Einwohner/-innen, also etwas weniger als der damaligen Einwohner/-innenzahl der neun größten Städte Thüringens.

In diesen Zahlen nicht enthalten sind diejenigen Thüringer/-innen, die innerhalb des Freistaates zwischen der Arbeit oder dem Ausbildungsplatz und dem Wohnort pendeln müssen.



Von denjenigen 29%, die angegeben hatten, dass ein Mitglied ihres Privathaushaltes regelmäßig in ein anderes Bundesland pendelt, gaben wiederum 6% an, aus Thüringen wegziehen zu wollen. Dies entspräche ca. 40.240 Menschen, das ist etwas weniger also die Einwohner/-innenzahl von Suhl im Jahre 2006.

Unsicher, ob sie weiterhin pendeln oder wegziehen zu wollen, waren 30% der Befragten. Dies würde ca. 201.220

¹² Berg/Koch 2008, S. 3.

¹³ Berg/Koch 2008, ebd.



Menschen entsprechen, also ungefähr der Einwohner/-innenzahl Erfurts (2006).

Diejenigen, die in einem Pendler-Haushalt leben, wurden zudem gefragt, ob sie einen Job in Thüringen annehmen würden, auch wenn dieser schlechter bezahlt sei. Wie anstrengend und unbefriedigend das Pendler-Leben ist und wie schlecht die Lage auf dem Thüringer Arbeitsmarkt ist, findet seinen Ausdruck darin, dass 62% der Befragten ein solches

Angebot annehmen würden (22%) bzw. sich unsicher sind, ob sie es annehmen würden (40%).

Schon in der Frage drückt sich eine düstere Entwicklungsprognose Thüringens als Niedriglohnland aus. Wiederum mit Koch/Berg: „*Verfestigt hat sich die Arbeitslosigkeit insbesondere in den im Osten stark verbreiteten ländlichen und/oder peripheren Regionen wie bei einzelnen sozialen Gruppen, so den älteren Langzeitarbeitslosen. Markant ist, dass diese Arbeitslosigkeit quasi das Gegenstück bildet zu einer anhaltenden Abwanderung von jüngeren, erwerbsfähigen Personen. Hier zeigt sich in mehrfacher Hinsicht eine Entwicklungsfalle – der Osten scheint zunehmend nur noch die Menschen zu haben, die er nicht mehr ‚brauchen‘ kann und immer weniger diejenigen, die er dringend ‚brauchen‘ würde.*“¹⁴

Auf diese Herausforderung zu reagieren wird Aufgabe spätestens der kommenden Landesregierung sein, auf die sich DIE LINKE. Thüringens u. a. mit ihrem „Landesprogramm 2020 – Zeit für Veränderung“ vorbereitet.¹⁵ Doch auch die Wahlkämpfe des Jahres 2009, insbesondere für den Landtag und den Bundestag, werden angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung durch diese Themen bestimmt werden.

5) Wirtschaftliche Entwicklung als Wahlkampfthema

In einer Analyse für DIE LINKE. in Sachsen, auf der dieser Abschnitt beruht, wurde vom Autor der hier vorliegenden Darstellung ausgeführt, dass im Landtagswahlkampf 2009 für die Parteien mit hoher Wahrscheinlichkeit entscheidend sein wird, welche Kompetenz ihnen zugeschrieben wird, die ökonomischen Herausforderungen im Sinne einer positiven Wirtschaftsentwicklung, der Schaffung von existenzsichernden Arbeitsplätzen sowie der Garantie sozialer Gerechtigkeit meistern zu können.¹⁶

Auf dieser Grundlage ist davon auszugehen, dass der Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Situation eine relevante Bedeutung auch für das Wahlverhalten im kommenden Jahr zukommen wird. Deshalb sind die Wirkungen der Wirtschaftskrise auf die Annahmen über die eigene wirtschaftliche Perspektive von Interesse.

Die bundesweite November-Umfrage von Infratest-dimap¹⁷ ergab, dass sich die Sorge um die persönliche wirtschaftliche Zukunft in der Einschätzung der eigenen Situation in einem Jahr widerspiegelt.

Insgesamt gehen nur 14% der Bundesbürger/-innen davon aus, dass es ihnen in einem Jahr wirtschaftlich besser gehen wird als heute. Mehr als die Hälfte (58%) erwarten, dass sie ihr

¹⁴ Berg/Koch 2008, S. 24.

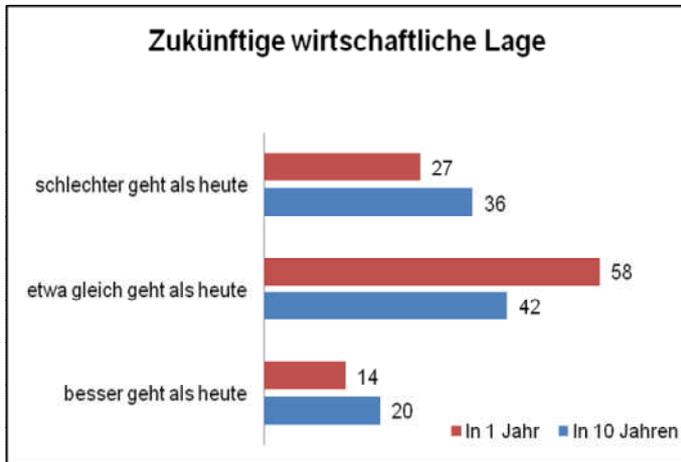
¹⁵ http://www.die-linke-thueringen.de/dokumente/Programm_2020.pdf.

¹⁶ Benjamin-Immanuel Hoff 2008, Vorbereitung der Wahlstrategie der LINKEN Sachsen 2009, S. 13.

¹⁷ Infratest-dimap 2008a, ARD DeutschlandTREND, November 2008, <http://www.infratest-dimap.de/?id=16#ue5>.

erreichtes Niveau halten können. Ein gutes Viertel (27%) befürchtet allerdings, in naher Zukunft schlechter dazustehen als heute.

Längerfristig geht ein Fünftel der Befragten von einer Verbesserung der eigenen wirtschaftlichen Situation aus: 20% rechnen mit einer positiven Entwicklung ihrer persönlichen finanziellen Lage in den nächsten 10 Jahren. Vier von Zehn (42%) erwarten keine wesentlichen Änderungen. Befürchtungen, dass sie ihren aktuellen Lebensstandard nicht halten können, haben 36%.



Quelle: Infratest-dimap 2008a / eigene Darstellung

Zu beachten ist jedoch, dass der Anteil derjenigen, die längerfristig mit einem persönlichen finanziellen Abstieg rechnen, nach Angaben von Infratest-dimap im Vergleich zu einer entsprechenden Befragung im Juli 2008¹⁸ gesunken ist. Im Sommer waren die längerfristigen Zukunftserwartungen angesichts rasant steigender Preise merklich pessimistischer als derzeit. Zudem hat die Politik sowohl national als auch international mit schnellen Reaktionen auf die Finanzkrise offenbar in den Augen der Bürger Handlungsfähigkeit bewiesen, die Hoffnung auf die Bewältigung der Krise nährt.¹⁹

Diskursiv lenkt die Finanzmarktkrise, wie Allensbach im Oktober 2008 darlegte²⁰, „Wasser auf die Mühlen der Linken, die sich in ihrem Weltbild bestätigt fühlt“:

„Für die große Mehrheit steht außer Frage, dass der Staat das Bankenwesen stärker kontrollieren und regulieren sollte. 63 Prozent halten dies für die richtige Folgerung. Wenn dagegen argumentiert wird, dass staatliche Interventionen oft mehr schaden als nutzen, schließen sich 30 Prozent dem an, während die Mehrheit überzeugt ist, dass allein mehr staatliche Regulierung die Gefahr krisenhafter Entwicklungen mindern kann.“

Generell wächst der Rückhalt für staatliche Interventionen, auch über das Bankenwesen hinaus. Vor drei Jahren waren nur 25 Prozent der Bürger der Auffassung, der Staat greife zu wenig in die Wirtschaft ein, im Frühjahr dieses Jahres waren es 30 Prozent; jetzt sind es 37 Prozent. Dagegen ist die Kritik an einem Übermaß staatlicher Eingriffe von 28 auf 8 Prozent gesunken. Sogar 34 Prozent der FDP-Anhänger wünschen sich mehr staatliche Eingriffe in die Wirtschaft, nur 15 Prozent weniger.“

Tabelle: Zustimmung zu staatlichen Interventionen in die Wirtschaft

Greift der Staat bei uns zu viel in Wirtschaft ein, oder zu wenig, oder gerade richtig?	2005	Mrz 08	Okt 08	LINKE
Staat greift zu viel ein	28	18	8	6
Staat greift zu wenig ein	25	30	37	60
Staat handelt gerade richtig	20	27	23	9
Unentschieden/k.A.	27	25	32	25

Quelle: Allensbach 2008

Die von Allensbach in gleicher Befragung gestellte Frage *„Im Interesse der Beschäftigten, der Verbraucher und der Umwelt müssen Energiekonzerne in die öffentliche Hand überführt und demokratisch kontrolliert werden“* weckte aufgrund der Wortwahl in Westdeutschland Bezüge zur 68er Bewegung, in Ostdeutschland an das sozialistische System. Bundesweit

¹⁸ Infratest-dimap 2008b, ARD DeutschlandTREND, Juli 2008, <http://www.infratest-dimap.de/?id=39&aid=165>.

¹⁹ Infratest-dimap 2008a, a.a.O.

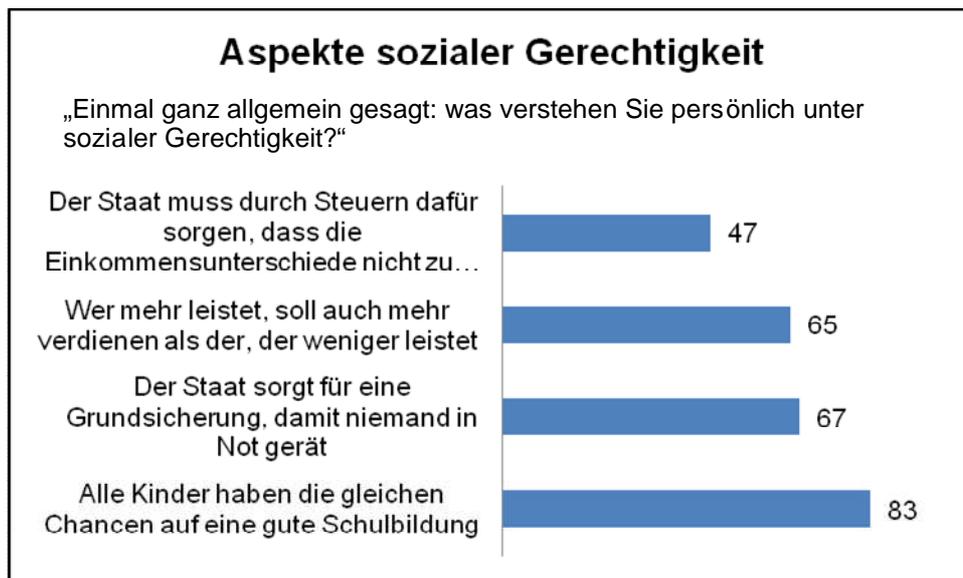
²⁰ Renate Köcher (Allensbach) 2008, Wasser auf die Mühlen der Linken, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.10.2008.

stimmten 59% der gesamten Bevölkerung dieser Forderung zu, in Ostdeutschland immerhin zwei Drittel der Befragten (66%), von den Anhänger/-innen der LINKEN sogar 83%.²¹

Aus Sicht der LINKEN und ihrer Klientel ist Wirtschaftspolitik immer auch ein verteilungspolitisches Thema. Die künftige wirtschaftliche Entwicklung und die daraus abgeleitete Frage der eigenen ökonomischen Perspektiven verknüpfen sich in diesem Verständnis mit der Intensität sozialer Gerechtigkeit.

Das Allensbach-Institut hat sich im Sommer des Jahres 2008 mit dem vielschichten Begriff sozialer Gerechtigkeit beschäftigt und ist zu folgenden Feststellungen gekommen²²:

- Die Bedeutung des Begriffes ist unklar. Aus einer Liste von vorgegebenen Antworten (siehe untenstehende Grafik) kristallisierten sich insbesondere folgende Merkmale heraus.



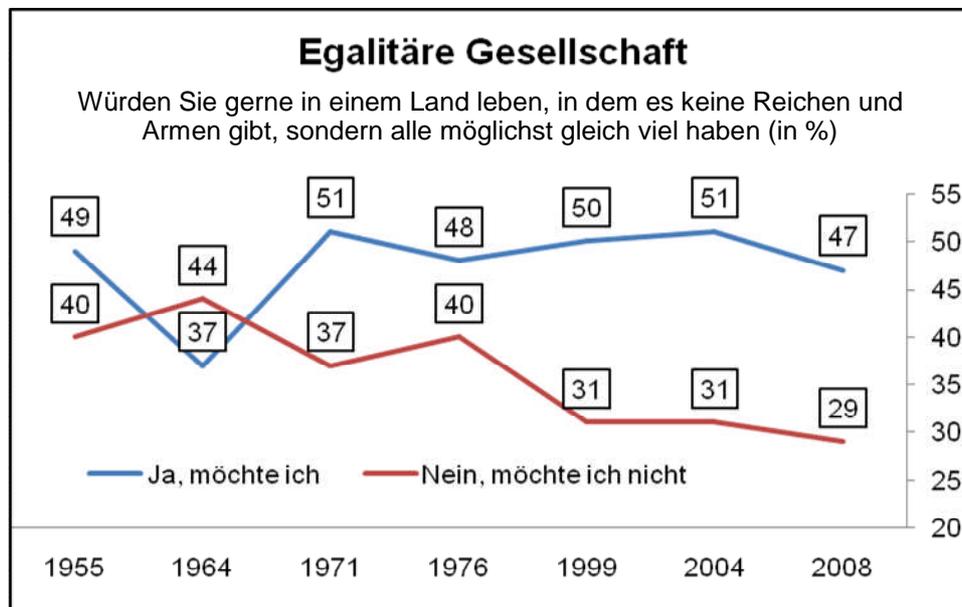
Quelle: Allensbach 2008a / Eigene Darstellung

- Wenn auch die Bedeutung des Begriffs unklar bleibt, so sind sich die Deutschen doch einig in der Überzeugung, dass es um die soziale Gerechtigkeit im Land nicht gut bestellt ist. Auf die Frage „*Was meinen Sie: Hat die soziale Gerechtigkeit bei uns in den letzten drei, vier Jahren zugenommen, abgenommen oder ist sie gleich geblieben?*“ antworten 69%, die soziale Gerechtigkeit habe abgenommen. Nur 4% meinen, sie habe zugenommen.
- Ähnliche Antworten erhält, wer danach fragt, inwieweit in der Gesellschaft die Chancengerechtigkeit verwirklicht sei. Auch hier sagen 69 Prozent, die Chancengerechtigkeit sei in Deutschland „weniger gut“ oder „gar nicht gut“ verwirklicht.
- Dabei gibt es bei beiden Fragen wenig Unterschiede in den Antworten zwischen Ost- und Westdeutschen, den verschiedenen Altersgruppen und den Anhängern der verschiedenen Parteien.
- Das Gefühl, in einer Gesellschaft zu leben, in der die Ungerechtigkeit wachse, hat sich unter den Bürgern in den letzten Jahren spürbar verstärkt. Auf die 1964 erstmals gestellte Trendfrage „*Wie sehen Sie das: Sind die wirtschaftlichen Verhältnisse - ich meine, was die Menschen besitzen und was sie verdienen - im Großen und Ganzen gerecht oder nicht gerecht?*“ waren bis in die 90er Jahre die zustimmenden und ablehnenden Antworten ungefähr gleich groß. Seit Beginn des laufenden Jahrzehnts stieg jedoch der Anteil derer, die die Verhältnisse für nicht gerecht halten, auf 68%. Dass die Verhältnisse gerecht seien, meinen heute nur 16%.

²¹ Köcher, a.a.O.

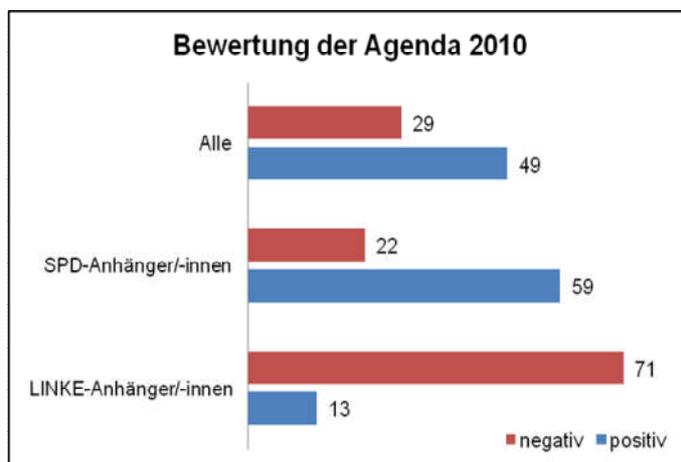
²² Thomas Petersen (Allensbach) 2008a, Die gefühlte Ungleichheit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. Juli 2008.

- Dieser Entwicklung in den Einschätzungen der Bürger steht keine ähnlich dramatische Entwicklung der volkswirtschaftlichen Daten gegenüber. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich zweifellos, aber langsamer, als oft angenommen wird. Auch wenn davon ausgegangen werden kann, dass sich die Tendenz in den letzten drei Jahren fortgesetzt hat, wird deutlich, dass die individuelle Wahrnehmung der Veränderungen wesentlich stärker ist als die Geschwindigkeit des Prozesses selbst.



Quelle: Allensbach 2008a / Eigene Darstellung

Grundsätzlich ist zu konstatieren und aus Sicht der LINKEN auch zu begrüßen, dass die Bereitschaft der Bevölkerung, soziale Ungleichheit hinzunehmen, in den letzten Jahrzehnten abgenommen hat. Nachstehende Grafik verdeutlicht dies. Auf die Frage „Würden Sie selbst gern in einem Land leben, in dem es keine Reichen und keine Armen gibt, sondern alle möglichst gleich viel haben?“ antwortet seit fast vierzig Jahren unverändert eine Mehrheit von rund 50%, in einem solchen Land würde sie gerne leben. Deutlich zurückgegangen ist in derselben Zeit freilich der Anteil derjenigen, die ausdrücklich widersprechen. Heute sagen nur noch 29% der Deutschen, also weniger als ein Drittel, dass sie in einem solchen Land lieber nicht leben möchten.



Quelle: Infratest-dimap 2008a / eigene Darstellung

Daraus den Schluss zu ziehen, dass die gesellschaftliche Entwicklung nun automatisch der LINKEN und ihrem Verständnis sozialer Gerechtigkeit einschließlich von Umverteilungspolitik in die Hände spielen würde, wäre jedoch fatal, da selbstüberschätzend und zu vereinfacht.

Allensbach schränkt im zitierten Beitrag ein, dass ein wesentliches Kriterium der Bewertung „sozialer Gerechtigkeit“ z. B. beim Verhältnis der Vergütung von Krankenschwestern und Managern „das Gefühl der ‚Angemessenheit‘ (ist). Nur die Frage, was denn

als ‚angemessen‘ angesehen werden kann, wird in verschiedenen Zeiten unterschiedlich beantwortet.²³

So ist beispielsweise zu konstatieren, dass trotz der erheblichen Kritik der Agenda 2010 und ihren Begleiterscheinungen, nach Erkenntnissen von Infratest-dimap aus dem Sommer des Jahres 2008²⁴ mittlerweile fast jede/r zweite Deutsche/r (49%) diese Reformen als positiv bewertet. Innerhalb der Anhänger/-innen der Sozialdemokratie liegen die Zustimmungswerte noch einmal 10% höher (59%). Demgegenüber bewerten weiterhin knapp Dreiviertel der LINKE-Anhänger/-innen die Agenda 2010 negativ (siehe Grafik auf S. 8).

Im Kern bedeutet dies, wie auch in anderen Feldern, dass die LINKE mit ihrer Kritik an den Arbeitsmarktreformen nicht nur die absolut überwiegende Mehrheit ihrer Anhänger/-innen vertritt, sondern auch einen erheblichen Teil der Bevölkerung. Gleichwohl unterliegt auch diese Position innerhalb der Gesellschaft einem Veränderungsprozess.

Zusammengefasst ist also festzuhalten:

- Die wirtschaftliche Entwicklung wird insbesondere im Hinblick auf die eigene wirtschaftliche Situation der Bürgerinnen und Bürger eine große Bedeutung im kommenden Wahljahr haben.
- Dabei werden Aspekte sowohl der sozialen Gerechtigkeit als auch der Herstellung sozialer Sicherheit eine wesentliche Rolle spielen.
- Während die Gerechtigkeitsfrage eher eine gesellschaftliche Dimension hat, bei der sich auch diejenigen zugunsten von mehr Wohlfahrt äußern, denen es individuell nicht schlecht geht, spricht die Frage nach der sozialen Sicherheit die individuelle Perspektive an.
- Bei dieser individuellen Perspektive wird als entscheidendes Kompetenzmerkmal die Fähigkeit zur Garantie sozialer Absicherung im Vordergrund stehen.
- Auch wenn der LINKEN traditionell große Kompetenz bei der sozialen Gerechtigkeit zugesprochen wird, befinden sich Union und SPD als direkte Konkurrenten im gleichen Themenfeld.

* * *

Der Autor ist promovierter Sozialwissenschaftler und derzeit tätig als Staatssekretär für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz im Senat von Berlin.

Er wurde von Bodo Ramelow in das Kompetenzteam zur Landtagswahl 2009 in Thüringen berufen.

Seit Jahren veröffentlicht er für DIE LINKE. Wahlanalysen und Strategiepapiere. Eine Übersicht findet sich unter: <http://www.benjaminhoff.de/themen/wahlen/>.

* * *

²³ Petersen 2008, a.a.O.

²⁴ Infratest-dimap 2008c, ARD DeutschlandTREND, September 2008 II, <http://www.infratest-dimap.de>.